

... eines Beschlusses der württembergischen Regierung aus Besorgnis vor einem Abzuge zu erwidern. Die vom Minister Tittoni abgegebenen Erklärungen, die er im Parlament genau erläutern wird, versichern die Erhaltung des Friedens. Unsere Rüstungen zielen darauf ab, den technischen Fortschritten zu folgen, wie es die anderen Nationen tun. Andere Vorlagen werden, erklärte der Minister weiter, Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege zum Gegenstande haben. Der Staats-eisenbahnbetrieb soll mit einer Ausgabe von fast 1/2 Milliarde einer sofortigen Verbesserung unterzogen werden. Die betreffende Vorlage solle ein Ganzes bilden mit anderen Vorlagen betreffend die endgültige Organisation des Eisenbahnbetriebes durch den Staat, betreffend die Höfen, neue Bahnen, Kleinbahnen, Binnenschifffahrt und Straßen. Eine außerordentliche Bewilligung werde zur Verbesserung des Post-Telegraphen- und Telephonnetzes verlangt werden. Weiter geplante Vorlagen betreffen landwirtschaftliche Verbesserungen, den wöchentlichen Ruhetag und die Pflege der Kunst- und Denkmäler des Landes. Alle im Vorerrwähnten begriffenen Ausgaben sollen mit den ordentlichen Einkünften ohne Zuhilfenahme des Kredits bestritten, die außerordentlichen Ausgaben durch Budgetüberschüsse gedeckt werden. Die Regierung werde das Budgetgleichgewicht nachdrücklich wahren und zur Konversion der einlöslichen Schulden und mit dem Eisenbahnbetriebe zusammenhängender Lasten schreiten. Die vom Ministerpräsidenten Giolitti verkündete Politik der Freiheit werde durch eine Politik der Reformen auf dem Gebiete der Arbeiterverhältnisse ergänzt werden, die jede gesunde wirtschaftliche Betätigung fördern solle. Schließlich bemerkt der Schatzminister: Während das Budget von 1888/89 mit einem Fehlbetrage von 465 Millionen Lire abgeschlossen habe, wolle das am 30. Juni d. J. abgeschlossene Budget für 1905/06 einen Aktivüberschuss von mehr als 63 Mill. Lire auf. Dabei seien keine Steuern erhöhe, sondern vielmehr einige herabgesetzt oder aufgehoben, und auch die Tarife mehrerer öffentlicher Dienstzweige herabgesetzt worden, und trotz der seit zehn Jahren um 272 Millionen gestiegenen Ausgaben sei keine neue Anleihe aufgenommen und die Zinsen der alten verringert worden. Dieses Wunder der Ueberwindung des Defizits sei den stets wachsenden Steuererträgen infolge der sich von Tag zu Tag hebenden wirtschaftlichen Tätigkeit des italienischen Volkes zu danken.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 8. November. (Keine Kanzlerkrise.) Die kaiserliche Jagdfahrt zum Fürsten Eulenburg gab den Konjunkturpolitikern von neuem Anlaß, Zerlei Vermutungen über die bestehende Krise Ausdruck zu geben, zumal der Fürst ja auch mit dem Sturz Caprivis, der unmittelbar nach einem Aufenthalt des Kaisers in Viebenberg erfolgte, in Zusammenhang gebracht wird. Jetzt erklärt ein offizielles Dementi in der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu dem seit Wochen in den verschiedensten Versionen verbreiteten Gerüchten über eine Kanzlerkrise: „In verschiedenen Blättern ist von Plänen zur Entlassung des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten von Bülow die Rede; es heißt, daß ein Vizekanzler eingesetzt, oder daß das Präsidium des preussischen Staatsministeriums vom Reichskanzler getrennt werden solle. Wir können versichern, daß an keiner maßgebenden Stelle solche Pläne gehegt werden.“

Berlin, 8. November. (Pobdielewski's Abschiedsgesuch.) Nach hier verbreiteten Gerüchten soll die Enthebung des Landwirtschaftsministers v. Pobdielewski von seinem Amte auf seinen Antrag erfolgt sein.

Berlin, 8. November. (Keine Vermittlungsoffensive in der braunschweigischen Frage.) Das Hofamt des Prinzen Max von Baden dementiert die neulich durch eine Korrespondenz verbreitete Meldung von Vermittlungsoffensiven des Prinzen bei seinem Schwiegervater, dem Herzog von Cumberland, in der braunschweigischen Frage.

Berlin, 8. November. (Bundesratsitzung.) In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde den Ausschüssen überwiesen: Der Entwurf einer Verordnung über Abänderung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Kriegskriegsleistungen, der Gesetzentwurf über die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1906, sowie der Gesetzentwurf über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltssetat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906. Dem Ausschuss-berichte über die Vorlage über die Erteilung der Erlaubnis zur Beförderung von Auswanderern an die Deutsche Ostafrikalanie in Hamburg wurde zugestimmt.

Berlin, 8. November. (Dr. Rosen wird nicht nach Berlin berufen.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Meldung eines hiesigen Blattes aus Langer, nach der der deutsche Gesandte Dr. Rosen zur Berichterstattung über seine Reise nach Fez nach Berlin berufen worden sein soll, ist unbegründet. Der Besuch des Dr. Rosen am Hofe des Sultans galt der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens. Angelegenheiten, die eine persönliche Berichterstattung des Gesandten in Berlin nötig machen könnten, sind nicht in der Schwebe.

Berlin, 8. November. (Der Major und Bataillons-Kommandeur im Kaiser-Alexander-Garde-Regiment Nr. 1, Prinz Joachim Albrecht von Preußen wurde in die kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Südwest-Afrika versetzt und dürfte schon mit einem der nächsten Schiffe abgehen. Prinz Joachim Albrecht wurde am 27. September 1886 an seinem zehnten Geburtstag als Leutnant in das 1. Garde-Regiment zu Fuß eingestellt und in seinem 17. Lebensjahre dem Regiment zur Dienstleistung bei der 17. Kompanie überwiesen. Am 9. Februar 1894 avancierte der Prinz zum Oberleutnant. Im Jahr

1897 wurde er zum 1. Garde-Regiment versetzt und führte bei diesem Regiment nach dem am 27. Januar 1899 zum Rittmeister befördert war, die 4. Eskadron dieses Regiments. Ein Jahr später trat der Prinz zum Königin-Augusta-Regiment über und kommandierte hier die erste Kompanie. Mit seiner Ernennung zum Major am 27. Januar 1903 wurde Prinz Joachim Albrecht unter Stellung à la suite des Königin-Augusta-Regiments dem Großen Generalstab überwiesen. Von hier aus wurde der Prinz im August 1904 an Bord des Linienschiffes „Kaiser Friedrich III.“ kommandiert und trat dann im Anschluß an dieses Kommando an die Spitze des I. Bataillons des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments.

Berlin, 8. November. (Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier wird mitgeteilt, daß die Entscheidung, ob Streik oder nicht, in einer kombinierten Sitzung der Siebener-Kommission und der Vorstände der einzelnen Verbände morgen nachmittag in Essen fallen wird. Zu einem Streik dürfte es keinesfalls kommen.)

Berlin, 8. November. (Weinbau-Gesetzgebung.) Im kaiserlichen Gesundheitsamt sind heute die Beratungen der von der Reichsverwaltung zur Erörterung von Fragen der Weinbaugesetzgebung berufenen Versammlung eröffnet worden. An der Beratung nahmen teil 10 amtliche Sachverständige und 42 Vertreter des praktischen Weinbaues, des Weinhandels und der verwandten Industrie.

München, 8. November. (Die Maul- und Klauenseuche.) Im Oberbayerischen Landrat erklärte der Regierungsvertreter auf eine Anfrage, es sei wahrscheinlich, daß die Meldung von der Maul- und Klauenseuche, die vor einigen Tagen an verschiedenen Orten Deutschlands ausgebrochen sei, von der Universitätsversuchsanstalt des Prof. Dr. Voelfler in Greifswald verbreitet worden sei. Es könne aber auch eine Einschleppung von Rußland aus vorliegen. Die Maul- und Klauenseuche herrsche in Deutschland an verschiedenen Orten, auch im oberfränkischen Münden. Diese Mitteilung erregte großes Aufsehen im Landrat. Es werden strenge Maßregeln verlangt.

Magdeburg, 8. November. (Das Amtsgericht in Aken wies die Klage der vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften gegen kontraktbrüchige Schiffer und Bootsleute auf Wiederaufnahme der Arbeit und Schadenersatz kostenpflichtig ab.)

Hannover, 8. November. (Ausstand.) 1300 Arbeiter der hannoverschen Gummi-Kamm-Kompagnie-Aktiengesellschaft traten heute früh wegen Lohnunterschieden in den Ausstand; nur 300 Arbeiter erschienen im Betriebe. Es handelt sich um die Lohnsätze für später eintretende Arbeiter.

Oesterreich.

Wien, 8. November. (Herzog Ernst August von Cumberland beim Kaiser von Oesterreich.) Kaiser Franz Josef empfing heute nachmittag Herzog Ernst August von Cumberland und dessen Sohn Prinz Georg Wilhelm in besonderer Audienz.

Graz, 8. November. (Reorganisation der österreichischen Feldartillerie.) Wie die „Graz-Tagesspost“ meldet, beabsichtigt die Regierung eine Reorganisation der Feldartillerie und auch der Zeugabteilung. Diese sollen besonderen Inspektoren unterstellt werden.

Frankreich.

Paris, 8. November. (Aus der französischen Volkskommission.) In der heutigen Sitzung der Volkskommission der Deputiertenkammer betonte der Vorsitzende Moly die Notwendigkeit, in der Kommission eifrig zu arbeiten, denn das Ausland mache seit einigen Jahren große Anstrengungen, Frankreich in wirtschaftlicher Hinsicht zu isolieren. Es sei ferner notwendig, die schädliche Wirkung der Trusts und Kartelle aufzuheben. Angesichts der in anderen Staaten angenommenen Schutzolltarife müsse Frankreich fortfahren, seine heimische Produktion zu schützen, ohne jedoch aggressiv erscheinen zu wollen. Wenn wir jetzt, so fuhr der Vorsitzende fort, der Regierung die Ergebnisse der von der Kommission bei den Interessenten veranstalteten Enquete vorlegen, so dürfen wir auch fernerhin das durch die Intelligenz unserer Industriellen und Landwirte eroberte Terrain nicht stückweise wieder preisgeben. Wir unterhalten mit dem Auslande Handelsbeziehungen, die sich auf die gegenseitigen Bedürfnisse stützen. Wir wünschen gerechte Auseinandersetzungen mit unseren Nachbarn und freundschaftliche Beziehungen, die sich auf gegenseitige Loyalität gründen. Die Opfer, die die Verbesserung des Loses der Lohnempfänger von den Arbeitgebern erheischt, machen es dem Staate zur Pflicht, die Expansionsfähigkeit unserer Kaufleute, Industriellen und Landwirte zu heben durch Verbesserung der Verkehrsmittel. Die Kommission wird der Regierung darin beistehen, weil sie darauf bedacht ist, die Herrschaft unserer Tarife aufrechtzuerhalten.

Paris, 8. November. (Das Schicksal der katholischen Kirche in Frankreich soll sich in wenigen Wochen für absehbare Zeit entscheiden und im Lager der Geistlichkeit herrscht noch völlige Ungevißheit über das zu beobachtende Verhalten. Mehrere Bischöfe und zahlreiche sonstige Geistliche wollen sich im Laufe dieses Monats nach Rom begeben, um Weisungen über das vom 12. Dezember ab einzuschlagende Verfahren zu erbitten. Wenn nicht alles täuscht, muß man mit einer weiteren Verschärfung der Gesetze rechnen. Der „Figaro“ meldet, der Papst habe einem in Rom weilenden Prälaten erklärt, daß jedes Zugeständnis unnütz wäre, und daß der Amtsantritt Clemenceaux die Ereignisse beschleunigen werde, welche, so hoffe er, ein erfreuliches Ergebnis für die Kirche haben dürften. — Dem Pariser „clair“ zufolge ist man in katholischen Kreisen sehr beunruhigt darüber, daß die Bischöfe bisher noch nichts unternommen haben, um die Ausübung des Gottesdienstes zu sichern.)

Serbien.

Belgrad, 8. November. (Die deutsch-serbischen Beziehungen.) Gegenüber Meldungen der auswärtigen Presse über ernste Differenzen zwischen

Deutschland und Serbien wird an maßgebender Stelle erklärt, daß der serbischen Regierung nichts über irgendwelche Differenzen zwischen Deutschland und Serbien bekannt sei. Im Gegenteil beständen die besten Aussichten für eine noch günstigere Gestaltung der deutsch-serbischen Handelsbeziehungen.

Rußland.

Petersburg, 8. November. (Freiherr v. Lehrenthal in Petersburg.) Freiherr v. Lehrenthal und Gemahlin erhielten zu morgen eine Einladung nach Jaroskoje Selo, wo beim Kaiserpaar zu Ehren des Ministers ein Galabinder stattfindet.

Petersburg, 8. November. (Die neue Einkommensteuer.) Der Ministerrat hat den vom Finanzminister vorgelegten Einkommensteuergesetzentwurf angenommen. Der Ertrag der Steuer wird auf 25 bis 40 Millionen Rubel geschätzt. Besteuert werden russische Untertanen und Ausländer, die länger als ein Jahr in Rußland wohnen und dort irgend ein Gewerbe betreiben. Russische Untertanen, die länger als zwei Jahre im Auslande leben, sind von der Steuer befreit. Der Besteuerung unterliegen sämtliche Einkünfte mit Ausnahme von Wohlthätigkeitsstiftungen und dergl. Nicht als Einkommen werden angesehen Erbschaften, Geschenke und Versicherungsprämien. Steuerfrei sind alle Einkommen unter 1000 Rubel. Die Steuer beträgt für 1000 Rubel 1 v. H., für jedes weitere Tausend 0,1 v. H. mehr bis zu 30 000 Rubel. Von 30 000 bis 100 000 steigt die Steuer in einem geringeren Prozentsatz bis zu dem Höchstsatze von 5 v. H. Die Veranlagung der Steuer beruht auf Selbstschätzung.

Warschau, 8. November. (Wieder ein Bombenattentat.) Bei der Station Rogow der Warschau-Wiener Eisenbahn wurde heute auf einen Postzug eine Bombe geworfen. Aus dem Zuge wurden annähernd eine Million Rubel geraubt. Viele Personen sollen getötet oder verwundet worden sein.

Türkei.

Konstantinopel, 8. November. (Zum türkisch-perussischen Grenzkonflikt.) Die Porte hat das russisch-englische Anerbieten der guten Dienste im türkisch-perussischen Grenzkonflikt mündlich mit Dank abgelehnt, da die Angelegenheit sich im Stadium der Verhandlungen befindet. Die Porte hofft, auch ohne Intervention Rußlands und Englands zu einer Einigung mit Persien zu gelangen.

Aus Sachsen.

Dresden, 8. November. (Vorberatung des Wassergesetzentwurfs.) Wie angekündigt, trat die Zwischendeputation der Ständeversammlung für die Vorberatung des Entwurfs für ein Wassergesetz für das Königreich Sachsen heute nachmittag im Landhause unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zweiten Kammer, des Geh. Hofrats Dr. Wehnert zu einer Sitzung zusammen. Bereits seit einigen Wochen haben Vorverhandlungen zwischen der Königl. Staatsregierung und der Zwischendeputation in der Angelegenheit des Wassergesetzes stattgefunden. Diese Vorverhandlungen bilden gewissermaßen die Grundlagen für die jetzigen Beratungen der Deputation. Die Verhandlungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

— Eine Resolution an den Reichstag gegen die geplante Arbeitslosen-Versicherung zu senden hat der **Dresdner Allgemeine Handwerker-Verein** beschlossen. — Der Rat der Stadt **Leipzig** beschloß, an die Königl. Staatsregierung erneut eine Petition um Maßregeln zur Vinderung der Fleischnot abzugeben. Die Staatsregierung wird darin gebeteten, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Grenzen, soweit dies in sanitärer Hinsicht zulässig ist, geöffnet und die Einfuhr von Viehes in jeder Hinsicht unterbietet und erleichtert werde.

— Anlässlich des 25 jährigen Geschäftsjubiläums haben die Inhaber der weit über Sachsens Grenzen hinaus bekannten Steinröhren- und Chamottewaren-Fabrik von Gebr. Böttcher in **Pittau**, Frau Böttcher in Dresden und Dr. Hans Böttcher in **Alttau**, ein Kapital von 25 000 M. als Unterstützungsfonds für die Arbeiter und Beamten der Fabrik gestiftet.

— Seinen schweren Verletzungen ist der 46 Jahre alte Kohlenhändler **Winkler in Rostwein** erlegen. Er kam, wie f. Z. gemeldet wurde, unter die Räder seines Wagens und erlitt dabei Rücken- und Kopfverletzungen. — Der Skelettfund bei **Annaberg** ist nun aufgelöst. An verschiedenen in der Nähe des Skeletts liegenden Gegenständen wurde festgestellt, daß es sich um den f. Z. 20 jährigen Fabrikarbeiter **Max Stopp** handelt, der im Juli 1897 aus der Wohnung seiner Eltern in Frohnau verschwand war. — In der Absicht, sich von einem Güterzuge überfahren zu lassen, legte sich oberhalb der Station **Wiesbaden** ein ungefähr 70 Jahre alter Bewohner von **Annaberg** über die Schienen. Durch die Aktfamkeit des Lokomotivführers, der den alten Mann auf den Schienen bemerkte, wurde der Selbstmord verhindert. Der Lebensmüde lag jedoch von seinem Vorhaben nicht ab; er ertränkte sich bald darauf im Mühlbache in der Nähe der Silberwäshe.

— In **Schadowitz** karambolirte gestern Vormittag ein Straßenbahnwagen mit einem großen beladenen Kohlenwagen an der Einfahrt des Vertrauensschachtes so heftig, daß der Vorderperron des Straßenbahnwagens vollständig eingedrückt wurde. Der Gefährteführer des Kohlenwagens wurde aus der Schokstelle geschleudert, jedoch ohne Schaden zu nehmen. Der Wagenführer ist nicht verletzt worden. — Die 35 jährige Ehefrau eines Gutsbesizers in **Leubnitz** stach sich beim Abladen von Grummet eine Feugabel in den Fuß. Vetterer schwoll derart an, daß die Verletzte nach dem Stadtfrankenhaus in **Jwidau** gebracht werden mußte, wo sie infolge von Blutvergiftung gestorben ist. — Herr Oberpfarrer **Römer in Elsterberg** wurden aus Anlaß seines 25 jährigen Ortsjubiläums am 6. November zahlreiche Aufmerksamkeiten zu teil. Das vom Kirchenvorstand zu Ehren des Jubilars in Aussicht genommene Festmahl findet am Sonntag statt.